

E1

bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit - Kritische Analyse zum Zustand und zur Zukunft der kapitalistisch geprägten Erwerbsarbeitsgesellschaft

“Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten”

Brief von Marx an Ruge, Kreuznach, September 1843

Vorwort

Der vorliegende Beschluss ist ein Resultat aus der einjährigen Arbeit des Projekts Arbeit & Wirtschaft im Juso-Unterbezirk Braunschweig. Im Rahmen dieser Projektarbeit waren alle Jusos dazu eingeladen, sich mit dem Zustand und der Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft auseinanderzusetzen und das innerverbandliche Dogma zur Zentralität der Erwerbsarbeit kritisch zu reflektieren. Es ist und war nie Ziel dieses Beschlusses, die Erwerbsarbeit zu verteufeln oder gar “abzuschaffen” - zumal letztgenanntes gar nicht möglich ist. Vielmehr dient er der Anregung einer innerverbandlichen Diskussion. Es stellt sich für alle Jusos die Frage, ob wir die oft fast schon religiös vorgetragenen Inhalte zur “Zentralität der Erwerbsarbeit” unter sozialistischen, internationalistischen und feministischen Gesichtspunkten für eine solidarische Gesellschaft der Zukunft als förderlich bewerten bzw. welche Widersprüche und Alternativen es unter Einbeziehung der Juso-Grundwerte zum Sozialismus, Internationalismus und Feminismus gibt.

Historische Entwicklung der Erwerbsarbeitsgesellschaft

Um die heutigen Dimensionen der Erwerbsarbeitsgesellschaft vollständig verstehen zu können, ist es unumgänglich sich mit deren Geschichte, deren Entwicklung zu beschäftigen. Daher befassen wir uns kurz mit der historischen Entwicklung des Arbeitsbegriffs.

Arbeit in der Antike

In der griechischen und römischen Antike galt Arbeit als Bestrafung - wobei Arbeit bis dato nur als schwere körperliche Arbeit definiert wurde. Hierzu gab es einen bestehenden Zusammenhang zwischen dem Bürgerstatus und dem dazugehörigen Ausschluss von Arbeit. Denn obwohl die schwere körperliche Arbeit notwendig war, wurde sie stets als Mühsal, Zwang und Bestrafung wahrgenommen. Somit war die Arbeit für Sklaven, Knechte, Fremde und im Krieg bezwungene Feinde reserviert. Nur diese Gruppe sollte und musste arbeiten. Für die freien Bürger hingegen wurde die Arbeit als entwürdigend und entehrend wahrgenommen. Sie war damit weder Identität schaffend noch spielte sie für den sozialen Status eine positive Rolle.

Christliche Einflüsse

Neue Akzente setzte hingegen das Christentum. Arbeit erschien erstmals als ein Gebot Gottes, welches den Satz des Paulus nach sich zog „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Trotz der in diesem Zusammenhang vollzogenen Aufwertung der arbeitenden Menschen, wurde die Arbeit an sich zunächst nicht positiv besetzt. Arbeit wurde nach wie vor als Bestrafung und Zwang wahrgenommen, da im christlichen Paradies nicht gearbeitet wurde und Arbeit nur durch den Sündenfall in die Welt gekommen war.

Arbeit im späten Mittelalter und Lutherische Einflüsse

Die positive Positionierung der Arbeit erfolgte schleichend in der späten Phase des Mittelalters. Voraussetzungen dafür war wie die Reorganisation der Arbeitsformen, die vor allem mit der Ausweitung des Arbeitsbegriffs einherging. Unter Arbeit wurde mehr als die schwere körperliche Arbeit verstanden, sie umfasste nun auch andere Tätigkeiten, wodurch die Gleichsetzung von Arbeit mit Zwang und Bestrafung relativiert wurde. Durch weitere christliche Einflüsse steigerte sich die positive Bewertung der Arbeit an sich: Arbeit wurde nun mehr als je zuvor als Notwendigkeit und damit zusammenhängend als moralische Verpflichtung angesehen. Allerdings gab es noch keine Assoziationen, in der die Arbeit als Identität schaffend begriffen wurde. Zwar gab es mit Martin Luther einen ersten Wegbereiter dafür, der mit der Gleichsetzung von Arbeit und Beruf die wohl wichtigste Vorarbeit für die moderne Arbeitsauffassung geleistet hat. Dennoch beschränkten sich seine Arbeitsansichten auf die einer mittelalterlichen Bedarfsdeckungswirtschaft. Zwar spielten Fleiß und Leistung eine immer stärkere Rolle. Eine Sicht auf Arbeit als kultur- und persönlichkeitsprägendes Merkmal des Menschen, die eine fortgeschrittene kapitalistisch organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung benötigt, war aber nicht vorhanden.

Arbeit in der Aufklärungsepoche

Dieses Merkmal setzte sich erst im 18. Jahrhundert durch. Im Laufe der Aufklärung wurde Arbeit erstmals als eine produktive Kraft der Weltgestaltung wahrgenommen, mit der der Mensch jene verbessern kann. Arbeit ist zwar noch immer eine mühselige Angelegenheit, sie hat aber rein gar nichts mehr mit einer göttlichen Bestrafung zu tun. Sie verweist vielmehr auf die Möglichkeit eine neue und bessere Welt zu schaffen, wodurch Arbeit als Beruf und Berufung auch immer mehr zu einem entscheidenden Bestimmungsmoment des Menschen wird. Diese neue Sicht auf die Arbeit ist natürlich vor allem darin begründet, dass sich BürgerInnen durch die Arbeits- und Leistungsorientierung vom Feudaladel abgrenzen konnten. Im Gegensatz zum Adel konnten sie sich nicht über vererbte Privilegien definieren, sondern mussten es schließlich über ihre Leistung tun, wodurch sie die Voraussetzung dazu hatten, eine neue Statusordnung einzuklagen. Diese Leistungsorientierung war jedoch noch immer beschränkt auf die Form der bezahlten Tätigkeiten, die weniger gebrauchswert- als tauschwertorientiert waren. Damit war der Weg zur modernen Erwerbsarbeitsgesellschaft geebnet, die sich im 19. Jahrhundert im Zuge der Industrialisierung herausbildete und sich in der Folgezeit zunehmend verfestigt hat.

Arbeit im Kapitalismus

Bevor man sich mit dem Arbeitsbegriff im Kapitalismus beschäftigt, sollte man noch einmal kurz zurückspringen - und zwar in die Diskurse der französischen Revolution. Hier gab es zwei Kategorien und Bezugspunkte, die zum einen unter politischen als auch unter Arbeitsgesichtspunkten relevant sind: bourgeois und citoyen.

Aus der Perspektive des bourgeois orientiert man sich am Modell einer Erwerbsarbeitsgesellschaft, in der sich der Status aus dem Erfolg bzw. Misserfolg als Wirtschaftsbürgers ergibt.

Aus der zweiten Perspektive des citoyen hingegen orientiert man sich stattdessen am Modell einer Staatsbürgergesellschaft, in der sich die Existenzberechtigung aus der Staatsbürgerrolle und in der sich der Status eines Menschen aus dem Erfolg bzw. Misserfolg als Staatsbürger ergibt. Oder anders: Die Existenzberechtigung ergibt sich dadurch, dass der Mensch ein Mensch ist und sein Status definiert sich daraus, was er oder sie als Mensch jenseits des Erwerbslebens (gemeinwohlorientiert) für die Gesellschaft vollbracht hat oder welche charakterlichen Eigenschaften der Mensch hat.

Wenn man diese zwei Kategorien nun oberflächlich betrachtet, scheinen sie sich grundlegend zu unterscheiden. Sie sind allerdings nicht unbedingt als gegensätzlich zu betrachten. Denn nicht nur der interessenorientierte bourgeois arbeitet, sondern auch der ge-

meinschaftsorientierte citoyen, allerdings ohne eine Erwerbsarbeit auszuüben. Er ist „ehrenamtlich“ oder gemeinnützig tätig.

Genau hier setzt unsere Kritik an der Zentralität der Erwerbsarbeit an. Denn seit Beginn der kapitalistisch orientierten Wirtschaftsordnung werden Arbeitsformen, die einen anderen Zweck haben als Kapital zu akkumulieren (also Erwerbsarbeit sind), aus dem Bereich der Arbeit herausgenommen und zur Nicht-Arbeit vereinfacht dargestellt. So kam es mit der breitenwirksamen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu einer weiteren Verengung des Arbeitsbegriffs. Statt damit alle bezahlten Tätigkeiten zu bezeichnen, gab es seit dem 19. Jahrhundert zunehmend die Reduzierung des Arbeitsbegriffs auf die Lohnarbeit, also die bezahlten, abhängigen Tätigkeiten, der heute knapp 90% aller Erwerbstätigen nachgehen. Dies führte dazu, dass die als Arbeit etikettierten und auf Lohnarbeit reduzierten bezahlt-abhängigen Tätigkeiten für die Vergesellschaftung zentral erscheinen, während die unbezahlt-unabhängigen Tätigkeiten von der Hausarbeit über die Eigenarbeit bis hin zum Ehrenamt noch heute anders wahrgenommen werden: Sie gelten als Nicht-Arbeit und damit als ein Privatvergnügen, das für den Einzelnen wichtig sein mag, aber kaum im Zentrum der Vergesellschaftung stehen kann. Mit anderen Worten: Menschen sind nur dann vollwertige Mitglieder der Gesellschaft, wenn sie ihren Lebensunterhalt über Erwerbsarbeit sichern.

Das Modell des bourgeois, also das Modell der Erwerbsarbeitsgesellschaft, hat sich bis heute durchgesetzt. Der soziale Status bestimmt sich aus der erbrachten Leistung als Wirtschaftsbürger. Dieses Modell konnte sich in den Köpfen der Gesellschaftsmitglieder der „westlichen“ Welt im Laufe des 20. Jahrhunderts vor allem auch dadurch durchsetzen, weil immer mehr Privilegien als soziales Ansehen durch Konsummöglichkeiten an die Erwerbs- bzw. vielmehr an die Lohnarbeit gekoppelt wurden, nämlich die soziale Absicherung der Arbeitsplatzbesitzer in der Frage nach Gesundheits- und Alterssicherung. Vor allem bei der Alterssicherung setzt sich ein nicht ganz unwichtiger Faktor durch. Denn wer zu wenig Zeit im Erwerbsleben verbracht hat, muss im Alter mit Abzügen rechnen. All diese Kriterien führten letztlich dazu, dass die Erwerbsarbeit in (fast) allen politischen Strömungen bis heute als zentral angesehen wird.

Mini-Exkurs: Lohnarbeit und Ausbeutung nach Marx

In einer kapitalistischen Gesellschaft sind die Arbeiter (Proletarier) gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Im Gegensatz zu den Kapitalisten, also den Arbeitgebern, besitzen sie keine Produktionsmittel, zum Beispiel Maschinen. Ihre Ware ist ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen. Der Arbeiter wird in dem Augenblick zu einer Ware mit Tauschwert, ist dabei jedoch nur dem Kapitalisten unterstellt. Die Ware Arbeitskraft hat dabei den Wert, der notwendig ist, um durch seine Arbeitsleistung den Mehrwert des Kapitalisten zu mehren. Deutlich wird dabei, dass Menschen zu einer Ware degradiert werden. Für den Kapitalisten lohnt sich der Kauf der Ware Arbeitskraft in Form von Arbeitern und Maschinen nur, wenn der dadurch erwirtschaftete Ertrag höher ist als die Kosten (bei Arbeitern ist es der Lohn). Diesen vom Arbeiter produzierten Mehrwert streicht jedoch nur der Arbeitgeber ein. Selbst gut ausgehandelte Tarifverträge der Gewerkschaften, politische Fortschritte einer arbeitnehmerfreundlicheren Arbeitswelt können zwar mehr für Arbeiter erwirken, jedoch nie den kapitalistischen Charakter der Ausbeutung, das Ungleichgewicht zwischen Arbeiter und Kapitalist ausmerzen. Der Lohn darf auch nicht ausreichen, dass der Arbeiter sich von der Beschäftigung verabschiedet, um sein Leben zu genießen. Der Lohn muss kurzfristig das Leben absichern (Lebensmittel, Unterkunft, Strom, Wasser) und den Arbeiter in eine gute Verfassung bringen, damit er die bestmögliche Arbeitsleistung vollbringt (Kulturgüter, Urlaub). Der Lohn soll das alles nur für einen kurzfristigen Zeitraum zulassen, damit der Arbeiter Anreiz hat möglichst lange seine Arbeitskraft zu verkaufen. Von "guter Arbeit" kann man so in einem marxistischen Diskurs nicht sprechen, da man den Tatbestand der Ausbeutung lediglich verschönert. Es bleibt festzuhalten, dass Lohnarbeit, trotz vieler guter Fortschritte eines jedoch bleibt: Ausbeutung.

Heutiger Zustand der Erwerbsarbeitsgesellschaft

Wie wichtig ist in Zeiten der Überproduktion und des technischen Fortschritts noch, dass die Erwerbsarbeit den Alltag eines jeden Menschen dominiert?

Lebenslauf eines erwerbstätigen Menschen

Da Menschen auch heute dazu gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben und Grundbedürfnisse befriedigen zu können, ist die Erwerbsarbeit dahingehend zentral, dass nur sie den Menschen ihr zum Überleben wichtiges Einkommen sichert. Dabei müssen sich die Menschen, die zu ArbeitnehmerInnen mutieren, in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben. In Schulen bereits lernen SchülerInnen wie

man sich potenziellen Arbeitgebern am besten anbietet und welche Möglichkeiten der Erwerbsarbeit einem offen stehen.

Nach der Schul- oder Universitätsausbildung wird nicht nur erwartet, dass sich alle in dieses Abhängigkeitsverhältnis bewegen, es ist auch zwingend notwendig, um ein angemessenes und gesellschaftlich angesehenes Leben führen zu können. Im ersten Schritt müssen sich dabei die BewerberInnen um einen Arbeitsplatz einem Arbeitgeber anbieten. In Lebensläufen und Vorstellungsgesprächen gilt es dann oft individuelle und teils einzigartige Eigenschaften von sich abzustreichen. Stattdessen versucht man eine Person darzustellen, von der man annimmt, dass sie am Besten dem Anforderungsprofil entspricht. Da es in der Regel stets mehr BewerberInnen um einen begehrten Arbeitsplatz gibt als eben die Anzahl der Stellen, gelten auch die Regeln einer Ellenbogengesellschaft. Nur der/die Beste, bzw. der/die sich am besten verkaufen oder anbieten kann, erhält die Stelle und alle anderen gehen erst einmal leer aus.

Die Methode sich als einzigeR gegen andere durchzusetzen widerspricht im Gesamten dem Menschenbild der Jusos, das sich auf Werte wie Solidarität und Miteinander beruft. Da auch Menschen über Menschen entscheiden, in diesem Fall sind es in der Regel Personalchefs über BewerberInnen, spielen auch oft chauvinistische Verhaltensmuster wie Sexismus, Nötigung, Fremdenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung eine Rolle. So werden oft Menschen für einen Arbeitsplatz abgelehnt, die zwar das Spiel der Anpassung und des Anbieterns gut beherrschen, auch gute Arbeitskraftvoraussetzungen in Form von Noten vorweisen können, jedoch aufgrund von Hautfarbe, biologischem und sozialem Geschlecht, Herkunft, Alter oder Aussehen benachteiligt werden.

Die, die sich gegen die Meisten durchsetzen konnten und einen Arbeitsplatz erhalten haben, dürfen dann etwa 40 Jahre für den Gewinn des Arbeitgebers arbeiten und können sich für den ihn zgedachten Lohn ein schönes Leben machen, für das jedoch oft erst am Feierabend, Wochenende oder Urlaub die Zeit bleibt. Für viele PendlerInnen bleibt vom Feierabend kaum Zeit übrig und ebenfalls können viele ArbeitnehmerInnen das Wochenende, selbst den Urlaub, lediglich zur Erholung von der Erwerbsarbeit nutzen. All das machen die Menschen nicht nur mit, da sie auf das Geld in Form des Lohns nicht verzichten können, sondern auch da die Erwerbsarbeit in allen Kreisen der Gesellschaft als zentral gepriesen wird und ein Verlust dieser nicht nur geringeres Einkommen sondern auch eine gesellschaftliche Stigmatisierung zur Folge haben. So ist es auch nicht selten, dass Kolle-

ginnen und Kollegen nicht nur im Kampf um eine Beförderung, sondern auch im Kampf um die Arbeitsplätze, besonders in Zeiten, in denen Entlassungen drohen, gemobbt oder über andere Methoden ausgestochen werden. Durch die nicht nur gepriesene, sondern auch vorhandene Zentralität der Erwerbsarbeit und bedingt durch die Tatsache, dass es immer Stellenabbau geben wird, vor allem durch den technischen Fortschritt, aber auch durch kapitalistische Zyklen, gilt oft mehr das Gegeneinander, statt das Miteinander. Menschen agieren auch außerhalb des Arbeitsmarktes gegeneinander, wenn sie um ihre Existenz in Form des Arbeitsplatzes bedroht sind. So werden schnell Feindbilder entwickelt, in dem man Menschen, die ohnehin schon am Rand der Gesellschaft stehen, vorwirft, sie würden Arbeitsplätze wegnehmen.

Nach vielen Jahren in Abhängigkeit freuen sich viele ArbeitnehmerInnen auf ihren Ruhestand, obwohl die Arbeit ihr Leben doch so bereichert haben soll. Sofern es ihr in die Jahre gekommene Körper zulässt, dürfen sie sich dann auch als Menschen abseits eines Feierabends entfalten. Natürlich sind RentnerInnen und Pensionäre auch nur so viel wert wie sie an Einkommen erzielt haben, da sich ihre Rente daran orientiert.

Über die Überhöhung der Erwerbsarbeit

Diese Zustände lassen den Schluss zu, dass Erwerbsarbeit für jedes Mitglied der Gesellschaft - selbst für diejenigen, die am Ende von dieser Systematik "profitieren" - prinzipiell unerträglich sein müssten. Warum stellen sich also nicht zumindest die Mehrzahl aller Gesellschaftsmitglieder gegen diese Zustände auf?

Die Frage ist nicht in einem Satz, an einem Diskussionsabend oder einer Veranstaltungsreihe zu beantworten, daher kann auch dieser Beschluss keine vollständige Antwort darauf liefern. Allerdings ist eine der vielen richtigen und wichtigen Antworten darauf in der Prägung der Gesellschaft zu suchen. Um das Unerträgliche ertragen zu können, muss es überhöht werden, gar in eine Art "Religion" mutieren. Genau dies kann man bis zum heutigen Tag beobachten. Arbeit - vielmehr Erwerbsarbeit - steht im Zentrum aller politischen Debatten. Immerhin ist in allen etablierten Parteiprogrammen die Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze als Ziel festgeschrieben - ob es nun "gute" Arbeitsplätze oder Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor sind. Die Menschen werden dabei schon von Kindheitstagen an darauf getrimmt, sich stark zu engagieren, um später einen mehr oder weniger guten Arbeitsplatz zu bekommen. Gleichzeitig finden sich Menschen vielerorts in Vereinen und Verbänden, um sich in dieser Überhöhung auszutauschen. Von Sätzen wie "Wie war's

heute auf der Arbeit" mit Bekannten, "Was machst du so?" mit Unbekannten - um herauszufinden, welcher Erwerbsarbeit sein Gegenüber nachgeht - bis hin zum fast schon real-satirischen gemeinsamen Singen von Arbeiterliedern, was alles erträglicher machen soll (Vergleich Steiger-Lied). Die Überhöhung der Arbeit scheint dabei wichtiger als andere relevante politische Themenfelder zu sein.

Die Phrase "Arbeit schaffen" scheint dabei das einzige Mittel zu sein, um Menschen ein schönes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Erwerbsarbeit hat so eine gewichtige Stellung, dass dafür viele unangenehme Methoden wie Kürzungen der Sozialleistungen oder Steuersenkungen in Kauf genommen werden. Hauptsache eins bleibt bestehen: Der Glaube an die Arbeit. Denn wie bei einer Religion, der sich Menschen bereitwillig unterwerfen und deren Dogma sie unreflektiert folgen, ist eine kritische Auseinandersetzung oft nicht erwünscht und wird als persönliche Diffamierung gewertet.

Prekäre Erwerbsarbeit

Das Job-Wachstum in Deutschland und anderen EU-Staaten basierte in den letzten Jahren in erster Linie auf einem Zuwachs an flexiblen und überwiegend prekären Arbeitsverhältnissen. Diese sind beispielsweise Leih- und Zeitarbeit, Minijobs, erzwungene Teilzeitarbeit sowie befristete Arbeitsverhältnisse. Solche Beschäftigungsformen können für die ArbeitnehmerInnen nicht dauerhaft existenzsichernd sein. Die im Zuge des Neoliberalismus aufkeimende Deregulierung des Arbeitsmarktes erhöht die allgegenwärtige Armutsbedrohung für abhängig Beschäftigte um ein vielfaches. Die identitätstiftende Wirkung solcher Beschäftigungsformen sollte als äußerst fragwürdig gelten, da die aktive gesellschaftliche Mitgestaltung, aufgrund der Sorge um Existenzsicherung, auf ein Minimum reduziert wird.

Die gegenwärtige Verteilung von Erwerbsarbeit schafft keine umfassende Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials. Dementsprechend wird ein großer Teil der Bevölkerung aus der gesellschaftlichen Teilhabe durch diese Form der Arbeit ausgeschlossen. Aus der allgegenwärtigen Propagierung der Zentralität von Erwerbsarbeit ergibt sich das Phänomen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung den eigenen gesellschaftlichen Wert über die Anerkennung seiner/ihrer Erwerbstätigkeit definiert. Dieser Umstand kann insbesondere zum gesellschaftlichen Ausschluss von Erwerbslosen führen, welcher in einigen Fällen mit einem schleichenden Verlust des Selbstwertgefühls, bei betroffenen Personen, einhergehen kann.

Und wer nicht arbeitet?

Bei der Überhöhung der Arbeit vergisst man stets, dass nie alle Menschen einer Volkswirtschaft einer Beschäftigung nachgehen können. Im Kapitalismus mit seinen Krisen, die geprägt sind durch Fusionen, Firmenpleiten, Privatisierungen und Rationalisierungsprozessen, wird es immer eine Anzahl von temporär oder dauerhaft Arbeitslosen geben. Dazu kommen Menschen, die wegen unterschiedlicher Gründe nicht arbeiten wollen oder können. Die Folge sind Anfeindungen und teilweise ein Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben.

Ungern geben Menschen zu, dass sie arbeitslos sind. Schließlich gilt der Berufsstand als die wichtigste Eigenschaft eines Menschen, sogar wichtiger als Familienstand oder persönliche Neigungen und Hobbies. Wer da nicht in das Schema der Arbeit passt, fühlt sich nicht nur ausgeschlossen sondern wird auch oft ausgeschlossen. Viele Menschen ohne Erwerbsarbeit schämen sich ihres Zustandes, schließlich sind sie "arbeitslos", das heißt nicht vollwertig, da allein dieses Wort einen Mangel beschreibt. Oft wird dann diesen Menschen vorgeworfen sie seien "Schmarotzer" oder "faul". Schließlich leben sie auf Kosten der Gesellschaft und tragen nichts bei.

Hier stellt sich die Frage, ob Erwerbslose wirklich weniger zu einer Gesellschaft beitragen als Erwerbstätige. Schließlich stehen Erwerbstätige auch nur in Abhängigkeit eines Arbeitgebers und produzieren etwas, das nicht der Gesellschaft dienen soll, sondern dem Mehrgewinn. Produzierte Güter werden ja nicht aus Menschenfreundlichkeit an das Volk verteilt, sondern sie werden mit Gewinn verkauft, sind demnach nur zugänglich für die, die das nötige Geld haben. Von gesellschaftlich produzierten Gütern kann man dabei nicht sprechen. Demnach verweigern sich auch Erwerbslose nicht mehr oder weniger der Gesellschaft als arbeitende Menschen. Phrasen wie "Solidarität ist keine Einbahnstraße" kann man in einer postkapitalistischen Gesellschaft gebrauchen, die auf Solidarität beruht. In einer kapitalistischen Gesellschaft, die auf Ausbeutung und lediglich auf Produktion nicht für Menschen, sondern für den Profit beruht, ist es falsch Vorwürfe wie mangelnde Solidarität zu verwenden, wenn sich Menschen dieser Verwertungslogik entziehen. Sie tragen nicht pauschal weniger bei als arbeitende Menschen. Im Gegenteil könnte man sogar erwerbstätigen Menschen vorwerfen durch Beteiligung an der kapitalistischen Verwertung Diebstahl am Allgemeinwesen zu begehen, da sie mit dazu beitragen, dass Güter lediglich im Sinne des Gewinns, nicht im Sinne der Menschen in Umlauf gebracht werden. Natürlich ist dieser pauschale Vorwurf genauso wenig haltbar wie der, dass sich Arbeitslo-

se unsolidarisch verhalten. Es mag Erwerbstätige geben, die Panzer für Saudi Arabien produzieren und Arbeitslose, die mit großem, sozialen Engagement vielen Menschen eine Freude machen. Die Gesellschaft ist heterogen wie auch die Arbeitswelt und darum ist kein Platz für pauschale Schuldzuweisungen. Durch die Erhöhung der "Zentralität der Erwerbsarbeit" könnte der Eindruck entstehen, Menschen ohne Erwerbsarbeit führten ein sinnfreies oder gar nutzloses Leben.

Zentralität der Ausbeutung - Eine Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Erwerbsarbeit zentral ist, da sie den Menschen eine lebensnotwendige Absicherung zusichert, sie auch vielen Menschen Freude bereiten mag und sie eine von vielen Formen einer sozialen Interaktion ist. Sie ist jedoch primär ein Abhängigkeitsverhältnis, welches die Selbstbestimmung der Menschen stark einschränkt und Basis für Konkurrenz, Ausgrenzung sowie Plattform chauvinistischer Unterdrückungsmuster bietet. Trotzdem wird Erwerbsarbeit fast religiös anmutend als wichtigster Bestandteil einer Gesellschaft gepriesen. Die negativen Aspekte seien dabei nicht Resultat der Erwerbsarbeit in einem kapitalistischen System, sondern fremde Einflüsse, die mit dem Ziel einer „guten Arbeit“ vertrieben werden sollen. Die dogmatisch wirkende Glorifizierung der Erwerbsarbeit verhindert jedoch einen Aufklärungsprozess dieser Verbindungen und verlagert diese Debatte an den Rand der Gesellschaft. Solange die Erwerbsarbeit als unantastbar gilt und Gewerkschaften wie politische Gruppen die Erwerbsarbeit lediglich reformieren wollen, werden sich die Verhältnisse nicht ändern. Vor allem weil der elementare Teil einer kapitalistischen Verwertungslogik und auch deren Ursache unangetastet bleibt. Gewerkschaften können auch noch so viele, auch sinnvolle und gute Erfolge erwirken. Der ausbeuterische, ausgrenzende und chauvinistische Charakter der Erwerbsarbeit bleibt bestehen.

Eine mögliche Antwort: Die feministische Vier-in-einem-Perspektive

Auf Basis der vorgenannten Erkenntnisse zum derzeitigen Zustand der Erwerbsarbeitsgesellschaft stellt sich für uns Jusos als sozialistischer Richtungsverband die Frage, inwieweit wir diesen Zustand noch hinnehmen möchten, bzw. welche Ansätze wir zur Überwindung dieser Strukturen in Richtung einer wie auch immer gestalteten zukünftigen sozialistischen Gesellschaft verfolgen. In diesem Zusammenhang mag ein reformistischer Ansatz zu einer Humanisierung der Arbeitswelt kurz- und mittelfristig richtig sein. Allerdings ist dieser Schritt nicht ausreichend. Man muss sich langfristig auch darum bemühen, ein ge-

sellschaftliches Bewusstsein dafür zu schaffen, die heutigen Abhängigkeitsverhältnisse zu hinterfragen, um Teilhabe für Menschen jenseits des Erwerbseinkommens zu ermöglichen.

Einen möglichen Ansatz darauf bietet die sogenannte Vier-in-einem-Perspektive. Diese Perspektive verfolgt einen feministischen Ansatz und übt eine grundsätzliche Kritik an der Zentrierung der Arbeit auf die Erwerbsarbeit. Dabei werden drei hauptsächliche Kritikpunkte aufgeführt, die für zukünftige Debatten im Juso-Verband hilfreich sind und im Folgenden erläutert werden:

1. Es wird Kritik an der Verengung des Arbeitsbegriffs geübt
2. Es wird Kritik an der damit anerkannte Ausbeutung der sogenannten Frauenarbeit durch die Männer geübt
3. Es wird Kritik am unreflektierten Konsens linker Organisationen hinsichtlich eines oberflächlichen Hauptwiderspruchs zwischen (Lohn-)Arbeit und Kapital geübt, wodurch geschlechtsspezifische Herrschafts- und Machtverhältnisse nur als untergeordnete Problemfelder und Nebenwidersprüche dargestellt werden.

Die „Vier-in-einem-Perspektive“ entwickelt aus diesen drei Kritikfeldern zunächst einen weiten Arbeitsbegriff, der sich auf vier eigenständige Tätigkeitsbereiche bezieht. Zum einen steht nach wie vor die Erwerbsarbeit dar, die zweite Arbeitsform ist die Sorgearbeit für sich selbst und andere sowie die Familien- und Hausarbeiten. Die dritte Form wird als Arbeit im Sinne von Bildung und Muße beschrieben. Die vierte Form ist unter dem heute gängigen Begriff des bürgerschaftlichen bzw. politischen Engagements bekannt.

Ziel dieser politischen Strategie ist eine geschlechtergerechte Verteilung und ein geschlechtergerechter Zugang aller vier Arbeitsformen sowie eine einhergehende Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit.

Neu ist diese inhaltliche Auseinandersetzung nicht. Bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es viele politische und soziologische Debatten darüber, ob die Erwerbsarbeitsgesellschaft in der derzeitigen Form vor dem Ende steht. Besonders erwähnenswert ist, dass selbst in einer politisch-etablierten Partei, der SPD, diese Debatte zunehmend von bekannten Politikern wie Oskar Lafontaine befeuert wurde, der kurz darauf zum Kanzlerkandidaten nominiert wurde. In seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft - Reformpolitik in einer veränderten Welt“ aus dem Jahr 1988 erhob Lafontaine die Haus- und

Familienarbeit in den gleichen Rang wie die Erwerbsarbeit, welches er trotz massiver Widerstände hoher Gewerkschafts- und Parteifunktionäre ein Jahr später in seinem Aufsatz „Weniger Arbeit, mehr Demokratie“ konkretisierte. Für Lafontaine galt, dass zu den verschiedenen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten Männer wie Frauen gleichberechtigten Zugang haben und dass diese Tätigkeiten gesellschaftlich gleichermaßen anerkannt, geschlechtergerecht verteilt und materiell abgesichert werden müssen, die Nichterwerbsarbeit durch eine Grundsicherung. Die notwendige Voraussetzung dazu sah er in der Verkürzung in der Erwerbsarbeitszeit. Dies sei ein Schritt, um die bereits von Marx geforderte Überwindung der entfremdenden Erwerbsarbeit zu realisieren.

Die politische Diskussion setzte sich auch jenseits anderer Parteien bzw. politischer Gruppen in den 90er Jahren fort. So beschäftigte sich die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997 mit der Zukunft der Erwerbsarbeitsgesellschaft und meldete empirische Zweifel an der Zentralität und Vermehrbarkeit der Erwerbsarbeit. Auch Ökonomen und Soziologen wie Jeremy Rifkin sprachen bereits vom „Ende der Arbeit“ und entwickelten mehr oder weniger befürwortbare Konzepte zur Überwindung der Lohngesellschaft.

Mit zunehmender Anzahl von Befürwortern dieser Visionen einer Arbeitsdemokratie der Zukunft traten allerdings mehr und mehr Kritiker hervor, die ein Ende der Erwerbsarbeitsgesellschaft bestritten. In Deutschland verlor die Debatte deutlich mit dem Zustandekommen der ersten rot-grünen Bundesregierung an Fahrt. Die Regierung Schröder versprach die Arbeitslosigkeit zu halbieren und wollte langfristig die Vollbeschäftigung erreichen. Zu Beginn des zweiten Schröder-Kabinetts wurde jedoch klar, dass dies nur durch eine Prekarisierung und Deregulierung in der Arbeitswelt möglich ist, was die heutigen Zahlen auf dem Arbeitsmarkt belegen.

Man sieht also, dass die Umbewertung der Arbeit in Richtung eines weiten Arbeitsbegriffs in der politischen Linken bereits vor knapp 30 Jahren vorhanden war. Diesen Diskurs aus den vorgenannten sozialistischen und feministischen Gründen fortzusetzen, kann einen Beitrag zur Aufklärung und Demokratisierung der Gesellschaft sein.

Zentralität der Erwerbsarbeit vs. Zentralität der Arbeit - Ein Fazit

Es ist richtig: Erwerbsarbeit sichert den Menschen einen Lebensunterhalt, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und bietet im Idealfall auch Räume zur Selbstverwirklichung und kann somit auch identitätsstiftend wirken. Aber ist es tatsächlich so, dass eine Tätigkeit nur dann als sinnstiftend angesehen werden kann, wenn ihr ein unmittelbarer Geldfluss gegenüber steht? Definiert sich der Mensch wirklich in erster Linie über seine Erwerbsarbeit?

Jeder Mensch will einer Beschäftigung nachgehen, die einem sinnvoll und nützlich erscheint. Nützlich für einen selbst, für andere Menschen oder die Allgemeinheit. Auch so entsteht gesellschaftliche Teilhabe, indem man gemeinsam mit anderen oder auch für andere arbeitet. Was jedoch vielfach fehlt, ist die Anerkennung. Nichterwerbs-Arbeit wird oft gar nicht als solche anerkannt, sondern lediglich auf eine Freizeitbeschäftigung reduziert, die nur dann Akzeptanz erfährt, wenn sie zusätzlich zu einer Erwerbsarbeit verrichtet wird. Menschen, die eine aus ihrer Sicht sinnvolle, unbezahlte Arbeit einer bezahlten, aber weniger sinnstiftenden Tätigkeit vorziehen, stehen unter permanentem Rechtfertigungsdruck.

Wir sprechen uns für die Erweiterung des Begriffs der Arbeit aus. Arbeit beinhaltet jede Beschäftigung, die ein Mensch als sinnstiftend empfindet und tatsächlich eine zentrale Bedeutung im Leben hat. Dies umfasst somit auch solche Arbeit, die nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterliegt. Hierfür wollen wir einerseits mehr gesellschaftliche Akzeptanz schaffen und andererseits die Freiräume, sich jenseits der Erwerbsarbeit sinnstiftend zu beschäftigen, erweitern.

Darüber hinaus gilt es als sozialistischer Richtungsverband, der die kapitalistischen Verhältnisse überwinden möchte, festzuhalten, dass Kapital und Erwerbsarbeit einander bedingen. Das soll nicht heißen, dass eine sozialistische Gesellschaft zwangsläufig nur ohne Erwerbsarbeit zustande kommen kann. Diese Frage kann nicht durch uns oder eine andere politische Gruppierung beantwortet werden. Allerdings ist allein diese Erkenntnis Grund genug, sich kritischer mit der Erwerbsarbeit auseinanderzusetzen anstatt sie unkritisch zu überhöhen. Denn wenn man der Logik zur Zentralität der Erwerbsarbeit folgt, stellt sich früher oder später ohnehin die Frage, ob beispielsweise ein Mensch im Rentenalter oder ein Mensch, der erwerbsunfähig (geworden) ist, überhaupt noch eine Identität, ein Selbstbewusstsein, ja gar überlebensfähig ist oder ein sinnvolles und erfülltes Leben führen kann - unabhängig von einer sozialen Absicherung.

Eine Umbenennung des Slogans "Zentralität der Erwerbsarbeit" zu "Zentralität der Arbeit" ist unter Berücksichtigung aller genannten Argumente wohl sinnvoller. Zumal wir Jusos seit jeher Menschen nicht danach bewerten, ob sie im kapitalistischen System funktionieren bzw. ob und inwieweit sie einer profitorientierten Welt nützlich sind.

Wir sind ein Richtungsverband, der sich für alle unterdrückten und diskriminierten Gruppen in der Gesellschaft einsetzt. Historisch betrachtet waren das zunächst die ArbeiterInnen, wobei im späteren Verlauf der Geschichte zunehmend mehr Gruppen hinzukamen. Wir dürfen dabei nicht den Fehler machen, dass wir vom Verband, der sich für unterdrückte ArbeiterInnen einsetzt, zu einem Verband werden, der sich für die (Erwerbs-)Arbeit einsetzt. So wird aus unserem Selbstverständnis beispielsweise der 1. Mai auch nie ein „Tag der Arbeit“ sein, sondern immer ein internationaler ArbeiterInnen-Kampftag.

Wir möchten ergebnisoffen in den innerverbandlichen Diskussionsprozess gehen. Wir sind weder Befürworter noch Gegner eines Grundeinkommens, welches an Bedingungen geknüpft oder bedingungslos erbracht wird. Das wichtigste ist uns, dass vorherrschende Gesellschafts- und Machtstrukturen durchbrochen werden, die Menschen in Unfreiheit schicken oder dort verharren lassen.